



## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 10/2005

9. September 2005

### Bundsvorsitzender Freiberg bei Innenminister Dr. Beckstein

**München** - (gdp) Zu einem Informationsgespräch trafen sich GdP-Bundsvorsitzender Konrad Freiberg und seine Stellvertreter Heinz Kiefer und Bernhard Witthaut mit Innenminister Beckstein, als Mitglied des Kompetenzteams von Angela Merkel. Beckstein machte einige durchaus bemerkenswerte Aussagen gegenüber den GdP-Vertretern. Bezüglich der Dienstrechtsreform wies er daraufhin, dass er die von Otto Schily mit ver.di und dem Beamtenbund getroffenen Vereinbarungen zur Dienstrechtsreform in dieser Form so nicht zustimme. Er nahm ausdrücklich Bezug auf die Positionen und Hal-

tung der GdP zu diesem Problembereich. Insbesondere erhob er erfreulicherweise Einwände gegen die beabsichtigte Leistungsbewertung. Er sagte wörtlich:

„hier teile ich weitestgehend die Positionen der GdP.“

Hinsichtlich der Föderalismuskommission rechnen Beckstein und die GdP damit, dass

ein neuer Anlauf kommen wird. Dabei wird immer deutlicher, dass dies auch das Beamtenrecht (Besoldung) betreffen wird. Die Länder wollen entweder Öffnungsklauseln oder eine Verlagerung der Kompetenzen im Bereich der Beamtenbesoldung und -versorgung in die Länder. Weitere Themen waren der Einsatz der Bundeswehr im Innern, die Errichtung einer Gendatei, die vorbeugende Sicherheitshaft, die Wohnraumüberwachung und die präventive Telefonüberwachung.



v.l.n.r.: EuroCop-Präsident Kiefer, BV Freiberg, stv. BV Witthaut, MDir Kindler und IM Beckstein

### Naaß fordert Verbesserungen der Verfahren zur dienstlichen Beurteilung

**München** - Die Vorsitzende des SPD Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayer. Landtag weist in einer schriftlichen Anfrage die Bayerische Staatsregierung darauf hin, dass die derzeitigen Verfahren zur dienstlichen Beurteilung starke Mängel aufweisen und deshalb dringend verbessert werden müssen. Sowohl Eignung wie auch fachliche Leistung von Beamtinnen und Beamten

müssten sachgerecht festgestellt werden. „Unter Berücksichtigung der Entwicklung, dass das Leistungsprinzip immer mehr an Bedeutung gewinnt, hat jede Beamtin und jeder Beamter einen Anspruch auf sachgerechte Beurteilung“, betont die SPD-Beamtensprecherin Christa Naaß.

Deshalb fordert die SPD-Abgeordnete die Staatsregierung auf, neue Beurteilungsrichtlinien vorzulegen. Diese Beurteilungen sollten jährlich stattfinden. Auch sollten Beurteiler und zu Beurteilende zu Beginn eines Beurteilungszeitraums gemeinsam die zu

erreichenden Ziele vereinbaren. Die Beurteiler müssen umfassend zum Thema dienstliche Beurteilung geschult werden, und sollen Mitarbeiter, mit deren Leistung sie nicht zufrieden sind, schon während des Beurteilungszeitraums auf diesen Sachverhalt hinweisen. „Um die soziale Kompetenz zu stärken, müssen aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen eigenen Beurteilungsbeitrag leisten dürfen“, fordert Naaß weiter. Ob die „Expertin“ weiß, wie viel Arbeitszeit an der Erstellung, Eröffnung und Überprüfung von jährlich 30.000 Polizeibeamten hängt?

#### V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Markus Wimmer  
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050



## Innenministertreffen süd- und ostdeutscher Länder

**(gdp)** - Die Innenminister von Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen haben sich am 6. September an der deutsch-polnischen Grenze in Görlitz getroffen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der in den nächsten Jahren zu erwartende Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien. Hier ein Auszug aus der Erklärung der Minister:

- Kein Automatismus beim Wegfall der Grenzkontrollen: die Grenzkontrollen dürfen entsprechend dem Schengener Durchführungsübereinkommen erst dann wegfallen, wenn die EU-weit definierten Sicherheitsstandards für die Aufnahme in den Schengen-Raum von allen Staaten umfassend erreicht und dauerhaft gewährleistet sind. Dies muss gemäß dem geltenden EU-Evaluierungsverfahren von den gegenwärtigen Mitgliedern des Schengen-Raumes objektiv überprüft werden. Dazu gehört vor allem auch der zuverlässige Schutz der EU-Außengrenzen etwa gegenüber der Ukraine oder Weißrussland sowie der Anschluss an die EU-weite Fahndungsdatenbank des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II). Hierfür darf

es im Interesse der inneren Sicherheit keine Zugeständnisse geben.

Ein Abrücken vom Erfordernis der Einhaltung der Schengen-Standards würde zu Lasten der Sicherheitslage in Deutschland und der gesamten Schengener Partnerschaft bzw. der EU gehen. Gerade Deutschland wäre auf Grund seiner geographischen Lage an der östlichen Nahtstelle zwischen den alten und den neuen EU-Staaten durch Drogenhandel, Organisierte Kriminalität, Kfz-Verschlebung, illegale Migration und Menschenhandel besonders betroffen.

- Ausbau der Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien:

Die teilnehmenden Minister bekräftigten ihren Willen, die Nachbarstaaten Polen und Tschechien beim vollständigen Erreichen der erforderlichen EU-Sicherheitsstandards weiter aktiv zu unterstützen. Die im Jahre 2000 mit der Tschechischen Republik und im Jahr 2002 mit der Republik Polen geschlossenen Abkommen über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten bilden dabei eine tragfähige

Grundlage. Bereits erfolgreich praktizierte Maßnahmen, wie z. B. die Einrichtung gemeinsamer Dienststellen, der ständige gegenseitige Informationsaustausch, die Bildung gemeinsamer Streifen, gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen, gegenseitige Hospitationen, gemeinsame Verkehrskontrollen, sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden.

- Präsenz der Polizei weiter erforderlich: Die Minister waren sich darin einig, dass der Einsatz von Beamten der Bundespolizei an den Grenzen zu Polen und der Bayerischen Polizei an der Grenze zu Tschechien im bisherigen Umfang bis zur Umsetzung der Schengen-Standards durch unsere Nachbarn Polen und die Tschechische Republik dringend erforderlich ist. Sie forderten den Bund auf, an der Grenze zu Polen keine Personalreduzierungen vorzunehmen und einem Wegfall der Grenzkontrollen erst nach Erreichen der EU-weit definierten Sicherheitsstandards in Polen und Tschechien zuzustimmen. Dies bis zum Herbst 2007 erreichen zu können, sei völlig unrealistisch.

**Suchen Sie ein preiswertes neues Auto, dann informieren Sie sich erst bei der Kfz - Hotline des SW Bayern GmbH.**

**Sie werden staunen welche Konditionen wir Ihnen über unsere Kooperationspartner anbieten können. Informiert sein ist alles.**

**089 / 57 83 88 28**

**[www.swbayern.de](http://www.swbayern.de)**

**Informieren Sie sich! - es lohnt sich**



Sozialwerk der GdP Bayern GmbH



**Wir haben neue Verträge!**

**Noch bessere Konditionen durch neue Verträge. Für die Fahrzeugmarken Renault, Nissan, Mitsubishi haben wir bundesweite, hervorragende neue Preisnachlässe.**



## Bundestagswahl 2005

### GdP-Mitglieder kandidieren für den Deutschen Bundestag



**Heidi Wright, SPD**

Dr. Max Stadler, MdB und Richter am Oberlandesgericht a.D. ist am 23. März 1949 in Passau geboren und sitzt seit 1994 für die FDP im Deutschen Bundestag. Max Stadler ist seit 1972 Mitglied der FDP, war von 1991 bis 1998 Landesvorsitzender der Bayerischen FDP und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und ist seit März 2000 Mitglied im Verwaltungsrat des Deutsch-Tschechischen-Zukunftsfonds; seit August 2000 Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie Mitglied im Deutsch-Tschechischen



**Herbert Schreiner, SPD**

Heidi Wright, MdB, geb. Englert, wurde am 20. Februar 1951 in Heimbuchenthal/Spessart geboren. Ihren erlernten Beruf der Rechtsanwaltsgehilfin übte sie in großen Kanzleien in Aschaffenburg und Hanau aus.

Nach 8jähriger Familienpause, in der Heidi Wright auch zu aktiven politischem Engagement fand, war sie 7 Jahre als Verwaltungsangestellte bei der Polizei beschäftigt. Zu dieser Zeit (1989) trat Heidi Wright auch in die Gewerkschaft der Polizei ein, in der sie heute immer noch in

Gesprächsforum und war zudem Verhandlungsführer der FDP-Fraktion im Vermittlungsverfahren um das Zuwanderungsgesetz. Seine momentanen politischen Schwerpunkte sind u.a. innere Sicherheit und Liberalität, die Reform des öffentlichen Dienstes, Ausländer- und Asylrecht sowie Polizei- und Waffenrecht. Max Stadler ist seit 1997 Mitglied bei der Gewerkschaft der Polizei. Seine zuständige Untergliederung ist die KG Passau. Max Stadler kandidiert in Passau für den erneuten Einzug in den Bundestag.

Herbert Schreiner ist Polizeibeamter und kämpft 2005 zum ersten Mal um den Einzug in den Deutschen Bundestag. Herbert Schreiner wurde am 3. August 1959 geboren und ist seit 1978 für die Bayerische SPD aktiv. Er ist seit 2004 stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Niederbayern und ist darüber hinaus auch ehrenamtlich in der regionalen Politik tätig. Er ist u.a. seit 1996 zweiter Bürgermeister der Gemeinde Frauenau und seit 2002 Kreisrat der des Kreisrats Regens. Der Gewerkschaft der Polizei gehört

der KG Miltenberg/Obernburg je nach freier Zeit aktiv ist.

Heidi Wright ist seit 1994 Bundestagsabgeordnete und seit zwei Jahren ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuß und Berichterstatterin für Verkehrssicherheit und den Bundesverkehrswegeplan. Ihre weiteren politischen Schwerpunkte sind v.a. im Bereich Umwelt- und Naturschutz sowie in der Wald- und Forstpolitik zu finden. Heidi Wright kandidiert im Wahlkreis Main-Spessart für die SPD um ein Direktmandat, um dort ihre politische Arbeit fortzusetzen.



**Dr. Max Stadler, FDP**

Herbert Schreiner bereits seit 1977 an und war hierbei u.a. Mitglied des Landesbezirksvorstandes. Herr Schreiner war zudem Vorsitzender der KG Zwiesel und ist heute aktives Mitglied der DG GPI Zwiesel. Einen Großteil seiner politischen Arbeit möchte Herr Schreiner allen voran der Innen- und Sicherheitspolitik widmen, da er auf diesen Gebieten als Polizeibeamter sicherlich die eine oder andere Erfahrung aufzuweisen hat. Herbert Schreiner kandidiert für die SPD im Wahlkreis Straubing für ein Direktmandat.